



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Alexander König, Jürgen Baumgärtner, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Thomas Goppel, Klaus Holetschek, Hermann Imhof, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Steffen Vogel CSU**

**Verbesserung der Situation in der Pflege: Fachkräftemangel bekämpfen - Pflegequalität stärken VI:
Bessere finanzielle Anerkennung für pflegende Angehörige**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass pflegende Angehörige während ihrer Pflegezeit einen eigenen Anspruch auf finanziellen Ausgleich erhalten.

Begründung:

Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu ermöglichen und weiter zu fördern, ist eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe. Immer mehr pflegende Angehörige sind berufstätig und stehen deshalb vor der Herausforderung, Beruf und häusliche Pflege miteinander zu vereinbaren. Diese Vereinbarkeit zu fördern und zu unterstützen ist notwendig, um die Pflegebereitschaft der Angehörigen zu erhalten und zukünftige Altersarmut pflegender Angehöriger zu vermeiden.

Durch die zum 01.01.2015 in Kraft getretenen Gesetzesnovellen des Familienpflegezeitgesetzes (FPfZG) und des Pflegezeitgesetzes (PflegeZG) sollten Angehörige mehr Flexibilität und Sicherheit erhalten, um Pflege und Berufstätigkeit besser zu vereinbaren. Dies kann jedoch nur ein erster Schritt gewesen sein, hat er im finanziellen Bereich dauerhaft nur Verbesserungen für die Rentenansprüche pflegender Angehöriger gebracht. In der aktuellen Pflegesituation müssen pflegende Angehörige, mit Ausnahme des Pflegeunterstützungsgeldes (für 10 Tage zur Organisation eines akut auftretenden Pflegefalles), die finanziellen Einkommensverluste infolge der Pflege jedoch weiterhin selber tragen.

Deshalb soll sich die Staatsregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass pflegende Angehörige während ihrer Pflegezeit einen eigenen Anspruch auf finanziellen Ausgleich erhalten.